

Dr. Christian Schwarz-Schilling
Bundesminister
für Post und Telekommunikation

Heinrich-von-Stephan-Straße 1 · 5300 Bonn 2
☎ (0228) 14-55 00

den 19.06.90

Herrn
Dr. Emil Schnell
Minister für Post- und Fernmeldewesen
der Deutschen Demokratischen Republik
Mauerstr. 69/75

Berlin
DDR - 1066

d-

Büro Min./Nr.:	344
Eing.:	20.06.90
Nr.:	22.600

SEP - Herrn Weis

DDR P 1992	
Stk. des Staatssekretärs P	
Nr.:	22.600
	<i>Pre/22.6.90</i>

Sehr geehrter Herr Kollege Schnell,

am 20.06.90 werde ich im Kabinett über die Investitionstätigkeit der Unternehmen der Deutschen Bundespost in der DDR berichten.

Zu Ihrer Information übersende ich Ihnen die für diesen Bericht erstellte Kabinettsvorlage.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Dr. Christian Schwarz-Schilling

DER BUNDESMINISTER FÜR POST UND TELEKOMMUNIKATION

Zuständig: MinDir Kühn

Mein Zeichen

☎ (0228)

Bonn

4 A (DDR)

14-70 70
oder 14-0

12.06.90

Chef des
Bundeskanzleramtes

5300 Bonn 1

Kabinettsache

nachrichtlich:

Bundesminister

Chef des Bundespräsidialamtes

Chef des Presse- und Informationsamtes
der Bundesregierung

Präsident des Bundesrechnungshofes

Information zur Investitionstätigkeit der Unternehmen der Deutschen Bundespost in der DDR

Das Bundeskabinett wird um Kenntnisnahme der nachstehenden Ausführungen gebeten:

I.

Investitionen

Um die schrittweise und rasche Verbesserung des Post- und Fernmeldewesens in der DDR zu erreichen, die von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Volkswirtschaft und für die Angleichung des Lebensstandards an den der Bundesrepublik Deutschland ist, beabsichtigen die Unternehmen der Deutschen Bundespost in den nächsten Jahren folgende Investitionen:

1 Unternehmen Deutsche Bundespost TELEKOM

1.1 Maßnahmen zur Erweiterung des Netzes der DBP TELEKOM auf dem Gebiet der DDR

Im Jahr 1990 wird das Unternehmen DBP TELEKOM voraussichtlich Investitionen in Höhe von 110 Mio DM auf dem Gebiet der DDR durchführen.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

C-Netz (Mobilfunk, Autotelefon)	60 Mio DM
Cityruf/Bündelfunk (z. B. Betriebsfunk)	12 Mio DM
Satellitenverteilstationen	18 Mio DM
TV-Reportageleitungen	10 Mio DM
Ferngeschaltete Telefonhauptanschlüsse/ Nebenstellenanlagen	10 Mio DM

1.2 Investitionen der Deutschen Post der DDR im Jahre 1990

Noch im Jahre 1990 sieht die Deutsche Post der DDR zum beschleunigten Ausbau der Telekom-Aktivitäten in der DDR Investitionen in Höhe von 540 Mio DM mit folgenden Schwerpunkten vor:

- Aufbau Overlay-Glasfasernetz	250 Mio DM
- Ausbau Ortsnetz (überwiegend Telefon)	150 Mio DM
- Aufbau Datennetz	20 Mio DM
- Aufbau Kabelfernsehnetz	25 Mio DM
- Aufbau Fernseh-Netz	12 Mio DM
- Kartentelefone	25 Mio DM
- Hochbau	10 Mio DM
- Ausrüstungsbedarf für den Fernmeldebau	48 Mio DM

Die Deutsche Bundespost TELEKOM unterstützt die Finanzierung dieser Investitionen durch Darlehen in Höhe von 240 Mio DM.

1.3 Versorgungsziele 1991 bis 1997

Gemeinsam sind zwischen der DBP TELEKOM und der Deutschen Post in der DDR folgende Versorgungsziele für die nächsten 7 Jahre erarbeitet worden:

		heute:
- Telefonhauptanschlüsse	7,2 Mio	ca. 1,8 Mio vorhanden
- Öffentliche Fernsprecher	68 000	ca. 10 000 vorhanden
- Telefaxanschlüsse	360 000	ca. 2 500 vorhanden
- Datex-P-Anschlüsse	50 000	-
- Btx	380 000	1 (Interflug)
- Mobilfunkanschlüsse	300 000	-
- Kabelanschlüsse	2,2 Mio	-

1.4 Investitionsvolumen

Die Realisierung dieser Versorgungsziele bedeutet ein Investitionsvolumen in der Fernmeldetechnik in Höhe von 35 Mrd. DM sowie weiterer Investitionen (für Montage, Bauleistungen, Ausrüstung) in Höhe von 20 Mrd. DM, so daß ein Investitionsbedarf insgesamt von 55 Mrd. DM entsteht. Insbesondere das Investitionsvolumen von 20 Mrd. DM im Bereich Montage- und Bauleistungen ist für den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes in der DDR als tragende

Säule der sozialen Marktwirtschaft eine große Chance. Überwiegend kleinere und mittelständische Handwerksbetriebe (Elektrohandwerk und Tiefbau) mit regional begrenztem Tätigkeitsfeld werden von diesem Investitionsprogramm profitieren. Insgesamt verteilt sich die Investitionssumme wie folgt:

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	
5,0	6,5	8,5	9	9	9	8	= 55 Mrd. DM

1.5 Finanzierung

Voraussetzung für die Finanzierung dieses Programms ist eine möglichst rasche Gebührenreform in der DDR.

Eine erste grobe Abschätzung unter der Prämisse, daß eine Gebührenreform durchgeführt wird, ergibt einen extern zu finanzierenden Bedarf von rd. 30 Mrd. DM, der am Kapitalmarkt direkt oder indirekt über Darlehen der DBP TELEKOM beschafft werden muß.

Für 1991 hat die DBP TELEKOM einen Kredit in Höhe von 2,0 Mrd. DM zugesagt, der durch eine Verpflichtungsermächtigung im Wirtschaftsplan 1990 abgesichert ist.

2 Unternehmen Deutsche Bundespost POSTDIENST

Zur Zeit werden aus dem Bestand der DBP POSTDIENST 500 Kraftfahrzeuge (überwiegend Pkw) im Durchschnittsalter von ca. 3 Jahren (Buchwert ca. 8,7 Mio DM) geliefert.

Die Lieferung weiterer Ausrüstungsgegenstände im Wert von zunächst 5 Mio DM, später u. U. weiteren ca. 10 Mio DM (für Zustelltaschen, Zustellkarren, Hubgeräte usw.) wird derzeit vorbereitet.

Darüber hinaus ist die leihweise Überlassung von 450 neu zu beschaffenden weiteren Kraftfahrzeugen (Beschaffungskosten: ca. 26 Mio DM) vorgesehen. Beide Maßnahmen sind erforderlich, um die Deutsche Post kurzfristig in den Stand zu setzen, das ab 02. Juli 1990 zu erwartende stark erhöhte Sendungsaufkommen aus dem Bereich der Deutschen Bundespost, vor allem bei Versandhauskatalogen, sonstigen Massendrucksaachen und Versandhauspaketsendungen, betrieblich bearbeiten zu können. Das Gesamtkostenvolumen für diese Maßnahmen liegt bei ca. 50 Mio DM.

An weiterer kurz- und mittelfristig zu leistender Infrastrukturhilfe wird, um im Postwesen die Dienstleistungsstruktur und das Dienstleistungsniveau der Deutschen Post annähernd den Verhältnissen der Deutschen Bundespost anpassen zu können, ein Investitionsvolumen von ca. 420 Mio DM für Transportmittel, Ausrüstungsgegenstände usw. erforderlich sein.

Der mittelfristig weiter erforderliche Investitionsbedarf (z. B. bei Gebäuden usw.) ist erst nach einer noch ausstehenden Bestandsaufnahme des Sachanlagevermögens der Deutschen Post abschätzbar.

Wenn die Deutsche Post der DDR möglichst rasch Gebührenanpassungen vornimmt, wird das mittelfristig erforderliche Investitionsvolumen voraussichtlich zu einem Teil aus den Einnahmen der Deutschen Post finanziert werden können.

3 Unternehmen Deutsche Bundespost POSTBANK

Die Postbankdienste nutzen Infrastruktureinrichtungen, die das Postwesen bzw. das Fernmeldewesen zur Verfügung stellen. Dazu gehören die Schalter- und Zustellorganisation, der Briefübermittlungsdienst und verschiedene Fernmeldedienste. Insofern hängen die Dienstleistungen des Postbankbereichs weitgehend vom Vorhandensein und der Qualität dieser Infrastruktureinrichtungen ab, ohne ihrerseits - sie stehen vor dem Wettbewerb - staatlichen Infrastrukturcharakter zu haben.

Was die eigenen Betriebsausrüstungen und -verfahren der Postgiroämter und Postsparkassenämter bzw. der Postscheckämter unmittelbar angeht, so ist inzwischen mit der Schwesterorganisation in der DDR verabredet worden, zügig gemeinsam zu prüfen, wie die beiderseits vorhandenen Bankdienste schnellstens organisatorisch und technisch so aufeinander abgestimmt werden können, daß ein reibungsloser Giro-, Spar- und Geldverkehr ermöglicht wird.

Für betriebliche Infrastrukturen (z. B. Baumaßnahmen, DV-technische Ausstattung) bei den Postbankämtern in der DDR werden 45 Mio DM veranschlagt.

Die Postbank der DDR wird dabei zunächst weitgehend Organisationsform und Technik der DBP POSTBANK übernehmen. Da in den nächsten Jahren große Teile vor allem der Anwendungssoftware erneuert werden müssen, ist man sich darüber einig, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten.

Vorläufig wird der Postbank der DDR, wo erforderlich, mit vorhandenen technischen Kapazitäten unter Nutzung der Datenfernübertragung geholfen. Später wird man beim schrittweisen Aufbau von technischen Kapazitäten in der DDR behilflich sein.

II.

Ordnungspolitische Aspekte für die deutsch/deutsche Kommunikation

Entsprechend den Regelungen des Staatsvertrags und der Gemeinsamen Erklärung der beiden Postminister vom 17. Mai. 1990 ist eine zügige Angleichung der ordnungspolitischen Bedingungen im Fernmeldewesen beider deutscher Staaten eingeleitet. Hierzu sind die Eckpunkte des novellierten Fernmeldeanlagengesetzes unverzüglich auch in der DDR umzusetzen. Sofern in begründeten Ausnahmefällen die Öffnung

der Telekommunikationsmärkte für Wettbewerb noch nicht in dem Maße wie in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen kann, sind hierfür zeitlich befristete Übergangsregelungen zu schaffen.

Aus infrastrukturellen Gründen ist es notwendig, besonders die Satellitenkommunikation zwischen den beiden deutschen Staaten rasch für private Anbieter zu öffnen. Durch die Nutzung privater Satellitensysteme und privater Erdfunkstellen können die deutsch-deutschen Kommunikationsbeziehungen in einer Phase, in der der terrestrische Infrastrukturausbau in der DDR noch in den Anfängen steht und deshalb die Kommunikationsmöglichkeiten noch stark beeinträchtigt sind, erheblich verbessert werden. Aus diesem Grund soll für einen befristeten Zeitraum privaten Satellitennetzbetreibern auch das Recht eingeräumt werden, hierüber Telefonverkehr mit der DDR abzuwickeln.

Die Öffnung der Satellitenkommunikation für Wettbewerb findet derzeit auch entsprechend den im Rahmen der Postreform getroffenen Regelungen für den Telekommunikationsverkehr innerhalb der Bundesrepublik Deutschland statt. Die Vorbereitungen für das hierfür notwendige Lizenzierungsverfahren privater Anbieter sind abgeschlossen, so daß in den nächsten Tagen das Verfahren für die Einreichung von Lizenzanträgen eröffnet werden kann.

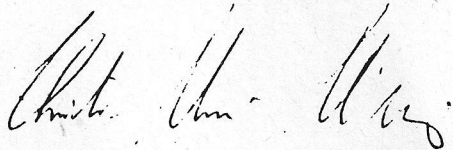
Auch im Mobilfunk ist es notwendig, rasch ein entsprechendes Dienstangebot auch in der Fläche aufzubauen. Deshalb soll die DDR im Rahmen der Postunion veranlaßt werden, neben der Deutschen Post einen zweiten Betreiber für das digitale zellulare Mobilfunksystem (D-Netz) zu lizenzieren. In der Bundesrepublik Deutschland wurde im Februar 1990 eine entsprechende Lizenz an die Mannesmann Mobilfunk GmbH verliehen.

III.

Stand der Zusammenarbeit zwischen den beiden Postverwaltungen

Zur Information zum Stand der Zusammenarbeit zwischen den Postministern und Post- und Fernmeldeverwaltungen der Bundesrepublik und der DDR wird die Gemeinsame Erklärung vom 17. Mai 1990 und als Begleitmaterial die anlässlich der 2. Sitzung der gemeinsamen Regierungskommission gegebenen programmatischen Erklärungen angefügt. Die weitere Zusammenarbeit erfolgt mit dem Ziel einer Vereinigung der Verwaltungen zum Zeitpunkt der staatlichen Einheit und unter schrittweiser Übernahme der in der Bundesrepublik geltenden organisatorischen und ordnungspolitischen Strukturen.

Sprechzettel für den Regierungssprecher sowie Abdrucke in der erforderlichen Anzahl sind beigelegt.



Dr. Schwarz-Schilling

Anlagen
Sprechzettel
3 Anlagen

Sprechzettel für den Regierungssprecher

Investitionen der Unternehmen der Deutschen Bundespost in der DDR

Der Bundesminister für Post und Telekommunikation hat heute das Bundeskabinett über die Investitionstätigkeiten der Unternehmen der Deutschen Bundespost in der DDR informiert. Um eine rasche Verbesserung des Post- und Fernmeldewesens in der DDR zu erreichen, sind eine Fülle von Investitionsvorhaben geplant und bereits eingeleitet.

Der Gesamtinvestitionsbedarf für den Aufbau einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur beläuft sich zwischen 1991 und 1997 auf 55 Mrd. DM. Davon sollen rd. 30 Mrd. DM am Kapitalmarkt direkt oder indirekt über Darlehen der Deutschen Bundespost TELEKOM beschafft werden. Von den insgesamt 55 Mrd. DM fließen etwa 20 Mrd. DM in Montage- und Bauleistungen. Dies ist eine große Chance für den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes in der DDR, denn von diesen Investitionen werden überwiegend kleine und mittelständische Unternehmen, die regional begrenzt tätig sind, profitieren.

Im Bereich der "gelben" Dienste sind zur Anpassung der Dienstleistungsstruktur und des Dienstleistungsniveaus mindestens 420 Mio. DM für Transportmittel und technische Ausrüstungsgegenstände erforderlich.

Im Postbankbereich werden für betriebliche Infrastrukturen die Investitionen bei etwa 45 Mio. DM liegen.

Verbesserung der deutsch/deutschen Kommunikationsbeziehungen durch Zulassung privater Satellitendienste

In Anlehnung an die Regelungen des Staatsvertrags wurde bereits eingeleitet, daß die für private Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland eröffneten Betätigungsmöglichkeiten auch rasch in der DDR realisiert werden. Insbesondere ist hierbei wichtig, zur schnellen Verbesserung der Kommunikationsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten private Satellitendienste zuzulassen. Dabei soll zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR - zeitlich befristet - auch Telefonverkehr über entsprechende private Satellitennetze ermöglicht werden.

In der Pressemitteilung des BMPT werden die Einzelheiten erläutert.

Gemeinsame Erklärung vom 17.05.1990

sowie als Begleitmaterialien die folgenden
Erklärungen (Kurzfassung) anlässlich der zweiten Sitzung
der Gemeinsamen Regierungskommission zur
weiteren Umgestaltung der Post- und Fernmeldebeziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der

Deutschen Demokratischen Republik

am 17.05.1990

in

Berlin (Ost):

- Programmatische Erklärung zum Lenkungsausschuß
(Sts Dr. Wolf, Ministerium für Post- und Fernmeldewesen)
- Programmatische Erklärung zum Lenkungsausschuß
(Sts Görts, Bundesministerium für Post und Telekommunikation)
- Programmatische Erklärung zum Unternehmensausschuß POSTDIENST
(PSts Niehof, Ministerium für Post- und Fernmeldewesen)
- Programmatische Erklärung zum Unternehmensausschuß POSTDIENST
(Dr. Zumwinkel, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bundespost
POSTDIENST)
- Programmatische Erklärung zum Unternehmensausschuß POSTBANK
(Dr. Schneider, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bundespost
POSTBANK)
- Programmatische Erklärung zum Unternehmensausschuß POSTBANK
(Gerhardt, Deutsche Post)
- Programmatische Erklärung zum Unternehmensausschuß TELEKOM
(Dr. Uhlig, Deutsche Post)
- Programmatische Erklärung zum Unternehmensausschuß TELEKOM
(Ricke, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bundespost TELEKOM)

Anlage: Gemeinsame Erklärung in Kurzfassung